

„Parlament vertritt Interessen der Bürger“

Interview mit Vechtaer EU-Abgeordneten und CDU-Kandidaten Hans-Peter Mayer zur Europawahl am 7. Juni

Die großen Herausforderungen in Europa sieht der EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU) auf diesen Feldern: Agrarpolitik, Klimaschutz, Forschung, Energie, Soziales. Das Europäische Parlament, betont er, sei ein Korrektiv zum Ministerrat

Von Giorgio Tzimurtas

Frage: Herr Mayer, laut Umfragen wird es eine geringe Wahlbeteiligung zur Europawahl geben. Auch vor fünf Jahren traten in Deutschland nur 43 Prozent der Wahlberechtigten den Urnengang an. Warum ist die Europawahl immer noch so unpopulär?

Mayer: Zunächst muss ich sagen, dass der offizielle Begriff „Europawahl“ nicht deutlich genug ist. Man entscheidet schließlich nicht über Europa mit Ja oder Nein. Am 7. Juni ist die Wahl zum Europäischen Parlament. Was viele leider noch nicht wissen:



Dieses Parlament ist ganz heftig in der Mitentscheidung bei der EU-Gesetzgebung. Und wenn der Reform-Vertrag von Lissabon im Januar 2010 in Kraft tritt, entscheidet das Parlament in über 90 Prozent der EU-Gesetzgebung mit. Außerdem: Das Parlament vertritt in der EU-Gesetzgebung die Bürgerinteressen. Wir sind also das Korrektiv zum Ministerrat, in dem die 27 Mitgliedsländer ihre jeweiligen Staatsinteressen vertreten. Bürger- und Staatsinteressen können weit auseinander liegen. Das Parlament vertritt die Bürgerinteressen. Und wir alle wollen ein Europa der Bürger.

Frage: Dennoch ist die Motivation, zur Wahl zu gehen, eher gering. Woran liegt das?

Mayer: Für die Menschen sind die ganz großen Erfolge der EU heute zur Normalität geworden. Es ist normal, dass Frieden herrscht. Es ist normal, dass wir eine innere Stabilität und Sicherheit haben. Es ist normal, dass wir Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben. Es ist normal, dass wir ohne Pass reisen



Für mehr Transparenz in der EU werde der Reformvertrag von Lissabon sorgen, sagt der EU-Abgeordnete Mayer (CDU). Er hofft, dass die EU-Reform im Januar in Kraft tritt. Fotos: Haring



können. Was wir in der EU jetzt machen, nach diesen großen Erfolgen, ist „Alltagsgeschäft“. Die Menschen ärgert dabei oft die überzogene deutsche Umsetzung durch den Bund und die Länder. Die wiederum schieben alles, was negativ wirkt, auf die EU. Das führt dazu, dass die Motivation zur Wahl zu gehen, schwindet.

Frage: Wie kann sich das ändern?

Mayer: Ich hoffe, dass der Reform-Vertrag von Lissabon im Januar 2010 in Kraft tritt. Er bindet die nationalen Parlamente mit ein. Davon halte ich sehr viel. Dann müssen die nationalen Parlamente die Themen besprechen, bevor die Minister der Mitgliedsstaaten ihre Beschlüsse fassen. Mit dem Lissabon-Vertrag landen die EU-Gesetzesvorhaben zuvor im Bundestag und im Bundesrat. Auch im nieder-



sächsischen Landtag werden dann EU-Gesetzesvorhaben diskutiert und nicht – wie bislang – bereits vom Ministerrat und vom Europäischen Parlament beschlossene EU-Gesetze bearbeitet. Das sorgt für mehr Transparenz.

Frage: Das gemeinsame Programm der CDU und CSU zur Europawahl trägt den Titel „Starkes Europa, sicheres Europa“. Wo und wie genau soll denn die EU noch sicherer und stärker werden?

Mayer: In der Außenpolitik und auf jeden Fall in der Finanzmarktkontrolle. Da sollte die EU Vorreiter sein und die USA, China und weitere Länder mit ins Boot holen für eine gemeinsame globale Abstimmung.

Frage: Die EU-Abgeordneten sehen sich als Anwälte ihrer Region. Was können Sie für das Ol-



denburger Münsterland in der nächsten Legislaturperiode erreichen?

Mayer: Von zentraler Bedeutung ist im Oldenburger Münsterland die Land- und Ernährungswirtschaft. Auf diesem Gebiet wird sich einiges tun. Wir hatten Ende 2008 die „Gesundheitsüberprüfung“ der EU-Agrarpolitik, und ab 2013 wird es eine neue EU-Agrarpolitik geben. Wir werden hier als Parlament mit dem Reform-Vertrag von Lissabon in der Mitentscheidung sein. Wir werden dann auch mit Informationen besser versorgt als bisher. Ich kann also mit den Betroffenen vor Ort noch rechtzeitig reden, die Anliegen in Brüssel vortragen und Einfluss auf künftige Gesetze nehmen. Ich habe auf jeden Fall vor, wieder stellvertretendes Mitglied im Agrausschuss des Europäischen Parlaments zu werden.

Frage: Was wird da von besonderer Bedeutung sein?

Mayer: Wir müssen die Landwirte rechtzeitig auf folgende Änderung aufmerksam machen: In drei bis fünf Jahren werden die Direktzahlungen deutlich weniger sein. Wer aber Projekte entwickelt, wer sich etwa vergrößern will, erhält zusätzliche Fördermöglichkeiten über die sogenannte Zweite Säule. Dasselbe gilt für Landwirte, die aussteigen wollen aus ihrem Beruf. Durch den Reform-Vertrag von Lissabon kommt das Parlament in die Mitentscheidung in der Agrarpolitik. Es entscheidet also auch über den Agrar-Haushalt. Es werden harte Auseinandersetzungen stattfinden, wie man die Agrarpolitik finanziell ausstattet und ausrichtet.

Frage: Welche weiteren großen Herausforderungen gibt es?

Mayer: Wir müssen gewaltigere Anstrengungen in den Bereichen Forschung, Energie und Klimaschutz machen. In Sachen Erneuerbare Energien ist noch mehr herauszuholen. Da muss sich die Forschung weiterentwickeln, damit sich die Erneuerbaren Energien auch rechnen, im Wettbewerb bestehen können. Dann werden weitere Unternehmen und Arbeitsplätze entstehen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass Forscher nicht abwandern, in der EU bessere Bedingungen vorfinden. Ebenso ist Arbeit und Soziales ein wichtiger Bereich. Wir müssen die Bedingungen, unter denen Arbeit grenzüberschreitend ausgeführt wird, vernünftig regulieren.

Frage: Wie soll das geschehen?

Mayer: Zum Beispiel über eine weitere Ausformulierung der Dienstleistungsrichtlinie. Es gilt grundsätzlich das Heimatlandprinzip mit Blick auf die Ausbildung und die Qualifikation. Und es gilt grundsätzlich das Ziellandprinzip mit Blick auf die Bezahlung und die Anforderungen zum Arbeitsschutz, sofern sie höher angesetzt sind. Wenn sie niedriger liegen, dann gelten die Standards des Heimatlandes. Es soll also immer der höhere Standard für die Arbeitnehmer gelten. Das alles müssen wir noch näher ausformulieren. Wir sind erst am Anfang zu einem sozialen Europa.